

Im Dezember 1947 hatte der Kommunalpolitische Beirat der SED in Alexisbad die Aufgaben in den Gemeinden, Städten und Kreisen beraten.²³ Überkommene bürgerliche Auffassungen von kommunaler Selbstverwaltung waren nicht länger mit den neuen Aufgaben des neuen Staatswesens vereinbar, die in dieser Zeit im Interesse der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung gelöst werden mußten. Gegen Vertreter solcher Auffassungen in den Blockparteien, aber auch aus den Reihen früherer sozialdemokratischer Kommunalpolitiker gewandt, erklärte der Kommunalpolitische Beirat: „Wir müssen klar erkennen, daß wir heute noch in Begriffen und Verwaltungsschematismen reden und arbeiten, die tatsächlich schon durch die gesellschaftliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone überholt sind ... Die Selbstverwaltung ist nicht mehr eine Kampfparole gegen den Klassenstaat, sondern in der lebendigen Demokratie verwaltet sich das Volk selbst. Hier betreten wir als Kommunalpolitiker ein großes und weites Neuland. Wir stehen am Beginn einer fruchtbringenden Entwicklung. Es ist unsere Aufgabe, das Volk im umfassendsten Ausmaß zur Mitarbeit und Kontrolle zu aktivieren, so daß auch hier der Unterschied zwischen Volk und Verwaltung durch die wirkliche Selbstverwaltung des Volkes aufgehoben wird.“²⁴

Probleme der Tätigkeit der staatlichen Verwaltungsorgane berieten dann die 6. und 7. Tagung des Parteivorstandes der SED im Januar und Februar 1948.²⁵

Von herausragender Bedeutung für die staatstheoretische Verallgemeinerung der Erfahrungen des Neuaufbaus seit 1945, die wissenschaftliche Analyse der Aufgaben zur Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und damit zugleich für das politisch-theoretische Profil der künftigen Arbeit der Akademie war die vom Zentralsekretariat der SED einberufene *staatspolitische Konferenz in Werder* am 23. und 24. Juli 1948.²⁶ Sie spiegelt den Beitrag wider, den die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zur Anwendung der marxistisch-leninistischen Staatslehre auf Deutschland und zu ihrer schöpferischen Bereicherung leistet.

Im Zentrum der Konferenz — mit der die Partei Grundpositionen des Aufrufs der KPD vom 11. Juni und der „Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ des Jahres 1946 aufgriff und weiterführte — stand der Nachweis, daß es vom imperialistischen Diktaturstaat in Deutschland kein Zurück zur bürgerlichen Staatlichkeit geben kann. Die Partei begründete die Rolle der Staatsmacht als Instrument der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern und charakterisierte ihre Funktionen bei der Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse im breiten Bündnis mit allen demokratischen Kräften. Zugleich traf sie konkrete Maßnahmen zur friedlichen Weiterführung der revolutionären gesellschaftlichen Umwälzungen durch den Ausbau der sozialistischen Elemente in Staat und Wirtschaft.

Die Partei mußte der neuen Staatskonzeption unter dem noch wirkenden Ballast traditioneller bürgerlicher Staatsauffassungen in der Arbeiterklasse und bei den politischen Bündnispartnern Geltung verschaffen und viele Fragen entsprechend den Bedingungen eines industriell entwickelten, wirtschaftlich gespaltenen Landes bei schwierigsten Klassenkampfbedingungen mit einem in Westdeutschland sich politisch-staatlich konsolidierenden Geg-

23 vgl. ND vom 3. 1. 1948.

24 Richtlinien der SED für die Kommunalpolitik in Deutschland, Berlin 1948, S. 40 f.

25 vgl. ND vom 6. 1. und 13. 2. 1948.

26 vgl. Die neuen Aufgaben der demokratischen Verwaltung, Berlin 1948.